



**Geschäftsführung  
Betriebsausschuss des  
Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt  
Köln**

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 11.05.2009

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sitzung des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 30.04.2009, 14:00 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende/r**

Herr Götz Bacher	SPD	bis 17:10 Uhr
------------------	-----	---------------

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	bis 17:05 Uhr
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	stellvertretend für Frau Gärtner
Herr Walter Grau	CDU	
Herr Dr. Michael Paul	CDU	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	bis 17:00 Uhr
Herr Michael Paetzold	SPD	bis 16:55 Uhr
Herr Gerhard Brust	Grüne	
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

**Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW**

Herr Heinz Peter Fischer		
Herr Heinz-Kurt Täubner	pro Köln	bis 15:30 Uhr

**Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung**

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU	ab 15:05 Uhr
Herr Anton Henk	auf Vorschlag der CDU	
Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Katrin Barion	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 17:15 Uhr

## **Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Dr. Martin Theisohn

stellvertretend für Herrn Dr. Krebs

## **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Herr Dr. Ernst Drösemeier

Herr Christian Rahmfeld

Herr Peter Winkels

## **Schriftführer/in**

Frau Barbara Bültge

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
  
- 2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
  
- 3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
  
- 4 Beschlussvorlagen**
  
- 5 Mitteilungen**
  - 5.1 Nachakquisition zur Erhöhung der Anschlussquote des Holsystems für Leichtstoffverpackungen und Papier/ Pappe/ Kartonage  
0322/2009
  
  - 5.2 Änderung der Fälligkeiten für Abschlagszahlungen gegenüber der AWB GmbH & Co. KG und der AVG Köln mbH  
1352/2009
  
  - 5.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2008  
1557/2009

5.4 Eigenvermarktung von Elektroaltgeräten  
1461/2009

**6 Mündliche Anfragen**

6.1 Fristen für die Beantragung des Vollservice  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Fladerer

**7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2  
der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Abfallwirtschaftsbetriebe der  
Stadt Köln**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

Keine.

### **2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine.

### **3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine.

### **4 Beschlussvorlagen**

Keine.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher überträgt die Leitung der Sitzung an RM Frau Dr. Müller.

### **5 Mitteilungen**

#### **5.1 Nachakquisition zur Erhöhung der Anschlussquote des Holsystems für Leichtstoffverpackungen und Papier/ Pappe/ Kartonage 0322/2009**

SE Herr Bischoff dankt der Verwaltung für die Mitteilung, hat dazu jedoch noch eine Reihe von Fragen, die er schriftlich aufgelistet hat und mündlich stellt:

1. Warum wurden die Ergebnisse von LPV und PPK zusammenhängend dargestellt?
2. Wie sehen die Ergebnisse differenziert nach LPV und PPK aus? (Einzeldarstellung)
3. Wie sehen die Anschlussquoten in anderen vergleichbaren Städten in NRW aus?
4. Welche allgemein definierten Zielquoten gibt es für die entsprechenden Wertstoffe in Städten wie Köln?
5. Welche 9 Stadtteile liegen über 90%? (genaue Prozentangaben)
6. Welche 59 Stadtteile liegen über 80%? (genaue Prozentangaben)
7. Wie lagen die genauen Prozentangaben bei Stadtteilen unter 80%?

Betrifft 450 Rückmeldungen auf 4.600 Hauseigentümer aus Stadtteilen unter 80%:

8. Wie viele haben ein Sammelgefäß bestellt?
9. Wie viele haben auf eine "gemeinsame Nutzung mit ihren Nachbarn" verwiesen?

10. Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung bei LPV und PPK zum einen unter dem Mengen- / Volumenaufkommen und den finanziellen Rahmenbedingungen für die Zukunft?

Die Verwaltung wird die Anfragen schriftlich beantworten.

RM Herr Dr. Fladerer stellt für die SPD-Fraktion positiv fest, dass laut Kernaussage der Mitteilung die Verwaltung von einer bisher vorgesehenen Nachakquise Abstand nimmt. Man könne bei einer Anschlussquote von 80% sehr zufrieden sein, vor allem, wenn man die Vergleichszahlen des alten Systems heranzieht. Auch teile die SPD-Fraktion die Auffassung der Verwaltung, davon Abstand zu nehmen, eine Agentur mit der Ermittlung der Gründe für den Nichtanschluss zu beauftragen, nur um die Anschlussquote um einige Prozentpunkte zu steigern. Dieses Geld könne an vielen Stellen im Abfallbereich deutlich sinnvoller eingesetzt werden. Zusammenfassend könne die Verwaltung nur ermuntert werden, auf ihrem bisher eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

RM Herr Brust ergänzt, es sei trotzdem wichtig, für die Menschen eine Regelung zu schaffen, die keine Möglichkeit haben, Papier zu sammeln. Es bestehe die Verpflichtung getrennt zu sammeln. Wenn ein Vermieter sich weigere, Tonnen aufzustellen, müsse man sich über andere Lösungen Gedanken machen. Evtl. müssten blaue Säcke ausgegeben werden. Diese müssten jedoch den Mietern und nicht den Vermietern zur Verfügung gestellt werden. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Bredehorst versichert, nicht alle Aktivitäten der Verwaltung seien mit dieser Mitteilung in Sachen Trennung eingestellt. Vielmehr werde die Situation weiter beobachtet und nach Möglichkeiten gesucht, die Anschlussquote noch zu erhöhen.

Herr Winkels informiert darüber, dass sowohl im Abfallkalender, als auch im Beiblatt zum Gebührenbescheid auf die Wertstofftonnen hingewiesen werde. Außerdem haben die Verwaltung und der AWB regelmäßig Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen. Dort finde ein regelmäßiger Austausch u. a. mit einer speziellen Beratung zu Stellplatzflächen statt. Zusätzlich werden an zwei Wertstoffhöfen, konkret am Umweltzentrum West und an der Geestemünder Straße, gelbe und blaue Behälter aufgestellt, so dass die Bürgerinnen und Bürger, die zu Hause nicht entsorgen können, dort die Möglichkeit haben.

Frau Bredehorst ergänzt, auch unabhängig von der Anschlussquote werde nach Wegen gesucht, Bürgerinnen und Bürgern eine getrennte Entsorgung zu ermöglichen, ohne dass sie deswegen durch die ganze Stadt fahren müssen.

RM Herr Dr. Paul ermuntert die Verwaltung ausdrücklich, weiter in dieser Richtung aktiv zu sein. Man dürfe sich nicht von der hohen Zahl 85% den Blick verstellen lassen. Insofern sei der Dialog mit der Wohnungswirtschaft natürlich ebenfalls sehr wichtig.

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

## **5.2 Änderung der Fälligkeiten für Abschlagszahlungen gegenüber der AWB GmbH & Co. KG und der AVG Köln mbH 1352/2009**

SB Herr Dr. Albach stellt die Frage, weshalb eigentlich die Müllgebühren quartalsweise und nicht monatlich erhoben werden. Man könne doch, so, wie auch Gehälter oder Ersatzleistungen monatlich gezahlt werden, Müllgebühren monatlich erheben. Er möchte wissen, aufgrund welcher gesetzlichen Regelung dies geschieht.

Herr Winkels erläutert, es handle sich um ein Landesgesetz, nämlich das Kommunalabgabengesetz.

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündliche Information von Herrn Winkels zur Kenntnis.

## **5.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2008 1557/2009**

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **5.4 Eigenvermarktung von Elektroaltgeräten 1461/2009**

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **6 Mündliche Anfragen**

### **6.1 Fristen für die Beantragung des Vollservice Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Fladerer**

RM Herr Dr. Fladerer spricht die Frist für die Beantragung von Vollservice-Leistungen an, die für das Jahr 2009 am 01.04.2009 endet, so dass ab 01.06.2009 die Vollservice-Leistungen erbracht werden können. Er kritisiert, dass zwischen dem Beschluss der Abfallsatzung und dem 01.04.2009 nicht für die Beantragung geworben wurde. Daher seien die Bürgerinnen und Bürger über diese neue Möglichkeit und die Fristen nicht informiert worden. Er bittet die Verwaltung, mit dem AWB Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Frist über den 01.04.2009 hinaus zu verlängern und medienwirksam auf die Möglichkeit der Vollservice-Beantragung aufmerksam zu machen.

Herr Winkels weist darauf hin, dass diese Möglichkeit mehrmals betont worden sei. Bei einer öffentlichen Diskussion im Maternushaus, bei der Veröffentlichung der Satzung und in der Anlage zum Gebührenbescheid sei darauf hingewiesen worden. Der AWB habe dies so gewollt und es sei in der Satzung festgeschrieben worden, dass die Frist am 31.03.2009 für die Beantragung zum 01.07.2009 endet.

Frau Bredehorst kündigt an, dass man die Anregung aufnehmen und sich wegen weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktionen mit der AWB abstimmen werde.

**7            Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4  
Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Abfallwirtschafts-  
betriebe der Stadt Köln**

Keine.

gez. Dr. Sabine Müller  
(1. stellvertretende Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge  
(Schriftführerin)